



Als ehemaliges Industrieareal weist das Klybeck «bauliche Besonderheiten» auf. Foto: Dominik Plüss

Grösste Eigentümerin bekennt sich zu Klybeck-Kompromiss

Einigung Rhystadt-CEO Christian Mutschler spricht im Interview darüber, wann die ersten Bewohner einziehen können – und wie ihn die Altlasten-Diskussion verärgert hat.

Katrin Hauser

Der endgültige Kompromissvorschlag fürs Klybeck liegt seit fast drei Wochen auf dem Tisch. Die Gegenseite der Investoren, denen das Areal gehört, hat sich bereits positiv vernehmen lassen: Die Initianten von «Basel baut Zukunft» werden ihre Initiative zurückziehen, sollte nichts Unvorhergesehenes passieren. An diesem Dienstag nun nimmt die grösste Eigentümerin auf dem Areal, die Rhystadt AG, Stellung.

Herr Mutschler, die wichtigste Frage vorab: Stehen Sie als CEO der Rhystadt AG hinter dem Kompromiss?

Ja, wir stehen dahinter. Im Vergleich mit der Initiative ist er wohl das kleinste Übel. Mit diesem Kompromiss können wir das Klybeck-Areal im angedachten Sinn entwickeln – und das ist ganz wichtig.

Wann legen Sie los? Wann beginnen die Bauarbeiten?

Der nächste Meilenstein ist der Bebauungsplan. Baubeginn dürfte ungefähr 2027 sein. Die ersten Bewohner sollten zwischen 2028 und 2030 einziehen können. Ein sehr wichtiges Thema ist aktuell die Mobilität. Wenn man vom gesamten Gebiet Basel-Nord spricht – also Hafenquai, Klybeckquai und unser Areal –, sprechen wir von zusätzlichen 15'000 Bewohnern. Diese Leute müssen befördert werden.

Was halten Sie davon, sie via Vaporetto zu transportieren, wie es LDP-Grossrat Michael Hug vorschwebt?

(lacht) Ich finde solche Ideen grundsätzlich immer spannend. Seit Jahren gibt es Ideen, wie man den Rhein als Verkehrsträger nutzen könnte. Im Klybeck wären etwa zusätzliche Haltestellen der Personenschiffahrt oder auch

zusätzliche Fähri-Verbindungen denkbar. Im Fokus stehen für uns aber die zusätzliche Tramlinie und die Förderung des Fussgänger- und Veloverkehrs.

Wenn Sie nun, sagen wir, im Jahr 2027 im Klybeck beginnen zu graben ... (ironisch) ... finden wir Gold?

Sehr wahrscheinlich finden Sie Gold, klar. Vielleicht finden Sie aber auch Mengen an Altlasten, die Sie so nicht erwartet hätten. Diesen Boden zu reinigen, ist teuer. Wer zahlt das?

Die Sanierung der Altlasten ist klar geregelt: Da gibt es das Altlastenrecht. Für uns geht es um die Standortbelastungen.

Was ist der Unterschied? Standortbelastungen sind Belastungen von Gebäuden und Boden, die nicht nach Altlastenrecht sanierungsbedürftig sind, aber bei einer Transformation unter Umständen beseitigt werden müssen, je nachdem, was man baut. Beispielsweise in einem Gebäude,



«Im Vergleich mit der Initiative ist der Kompromiss wohl das kleinste Übel.»

Christian Mutschler

de, in dem Femara – ein Brustkrebsmittel – hergestellt worden ist. Dieser Stoff ist teilweise mehrere Zentimeter tief in die Mauern des Gebäudes eingedrungen. Wenn man nun Mauern einreisst, darf kein Femara an die Hände des Bauarbeiters oder in die Luft gelangen. Die späteren Nutzerinnen – Bewohner, Angestellte, Schülerinnen – dürfen auf keinen Fall irgendeiner Gefahr ausgesetzt sein. Ein ehemaliges Industrieareal zu entwickeln, ist eine ganz andere Nummer, als wenn man ein Quartier auf einem Stück grüner Wiese baut.

Das wussten die Investoren schon, bevor sie das Areal gekauft haben, oder?

Ja, natürlich. Wir haben uns überlegt: Was kostet es, wenn wir hier beispielsweise einen Velokeller bauen möchten? Diese Bewertungen sind in den Kaufpreis eingeflossen.

Dennoch haben Sie vor einem Jahr die Frage aufgeworfen, inwiefern Sie diese Kosten auf die Mieter der preisgünstigen Wohnungen abwälzen können.

Das war kein Thema der Rhystadt. Sorry, aber das muss ich an dieser Stelle so sagen. Mich hat es wahnsinnig gestört, dass es plötzlich hiess, die Mieter müssten für die Altlasten der Pharmaindustrie bezahlen. Das ist einfach nicht wahr.

Aber Sie haben diese Frage doch ebenfalls aufgeworfen: Bei der Kostenmiete müsse man berücksichtigen, dass Sie aufgrund der Standortbelastung höhere Kosten haben.

Ja, das stimmt. Uns ging es aber nicht um Altlasten, sondern um bauliche Besonderheiten, weil wir auf einem Industrieareal bauen. Mit der ganzen Infrastruktur ist es, als würde unter der Stadt noch

eine Stadt liegen. Gemäss Bundesverordnung darf eine preisgünstige 4-Zimmer-Wohnung aktuell in der Erstellung maximal 675'000 Franken kosten. Diese Grenze kann jedoch erhöht werden, wenn gewisse bauliche Besonderheiten vorliegen. Und so wie der Gegenvorschlag nun formuliert ist, wird man dies auf dem Klybeck-Areal berücksichtigen können.

Das bedeutet, dass der preisgünstige Wohnraum teurer wird. Die künftigen Mieter werden mehr bezahlen müssen.

Nein, das muss es nicht zwingend bedeuten. Es kann auch sein, dass wir woanders optimieren oder den Ausbaustandard etwas senken.

Letztlich bezahlen die Mieter dafür, dass sie auf einem Stück Boden wohnen, wo vorher einmal eine Salbe oder ein Brustkrebsmittel mit giftigen Chemikalien produziert worden ist.

Ja, gut, aber das ist in Basel grundsätzlich so. Diese Stadt wird ständig überbaut. Auch im Westfeld, wo die Genossenschaften gebaut haben, ist der Boden nicht einfach sauber. Ich führe diese Diskussion hin und wieder in meinem Freundeskreis. Die Leute fragen mich: Werdet ihr teure Wohnungen bauen als Genossenschaften? Meine Antwort lautet: Nein, eher billigere – einfach, weil wir einfach ein grösseres Bauvolumen haben. Letztlich ist es so, dass diese Stadt dringend mehr Wohnraum braucht. Alle rufen nach Wohnraum: die Verwaltung, die Politik, die breite Bevölkerung. Ich antworte ihnen jeweils: Dann lasst uns doch bauen. Der Gegenvorschlag ist, denke ich, ein gutes Beispiel dafür, dass man es gemeinsam schafft, zu einer Lösung zu kommen.

«Das schmerzt»: Ein Stück Jugendkultur geht verloren

Sommercasino Nach 62 Jahren muss die Institution in Kürze aufgeben.

Das Sommercasino (Soca) ist aus der Basler Jugendkultur nicht wegzudenken. Es gibt wohl kaum jemanden, der in Basel aufgewachsen ist und nicht entweder als Jugendliche oder Jugendliche in der Kellerdisco «Trämmli» tanzte oder sich einen Stock weiter oben bekannte und weniger bekannte Bands anhörte.

Das Sommercasino wurde 1962 zum ersten Jugendhaus der Schweiz und hat seither Tausende Veranstaltungen durchgeführt. Nun steht das traditionelle Jugendkulturzentrum vor dem Aus.

Gestern teilte der Trägerverein Junge Kultur Basel mit, dass das Sommercasino spätestens im September geschlossen wird. «Auf persönlicher Ebene kann ich sagen, dass es schmerzt. Der Vorstand und das Team haben sehr viel Energie investiert. Für den Verein, die Mitarbeiter, Künstlerinnen und Künstler tut es mir weh», sagt Vereinspräsident Titus Conradin Hell, der selbst auch als Jugendlicher Partys und Ausstellungen im Soca besuchte.

Rund 11'000 Franken Jahresverlust

Das Jugendkulturhaus erhielt vom Kanton jährlich 825'000 Franken. Die Antwort auf den Antrag auf eine Erhöhung auf 953'875 Franken ist noch hängig. Die an die Revisionsstelle eingereichte Jahresrechnung weist, nach Auflösung der Rückstellungen, einen Jahresverlust von rund 11'000 Franken aus. Zudem plane der Eigentümer, Immobilien Basel-Stadt, eine Gesamt-sanierung, die einen Auszug aus dem Gebäude erfordere. Von der Trinkgeldinitiative kann das Soca auch nicht profitieren, da der Verein bereits kantonale Gelder erhält.

«Die finanzielle Lage, die Sanierung und Rückmeldungen aus der Szene haben uns dazu veranlasst, jetzt einen würdi-

gen und sauberen Schlussstrich zu ziehen, bei dem wir auch alle Rechnungen zahlen können und alle Mitarbeiter ihren Lohn erhalten. Wir wollen nicht auf ein unschönes Ende warten», sagt Titus Hell. Den betroffenen Mitarbeitern wurde bereits ordentlich gekündigt.

«Es bestand von Beginn an ein strukturelles Defizit»

Die finanzielle Lage ist schon länger alles andere als rosig. 2014 kündigten die Betreiber – damals war das die Jugendberufshilfe Basel (JuAr) – ein neues, Kosten einsparendes Konzept an: kleiner, bescheidener und vor allem wieder mit mehr regionalen Bands.

2016 übernahm der Trägerverein Junge Kultur Basel den Betrieb. «Es bestand von Beginn weg ein strukturelles Defizit. Die finanzielle Lage verschlechterte sich in den beiden letzten Jahren zusehends. Im November und Dezember 2023 gab es ein in dieser Grössenordnung nicht zu erwartendes Defizit», schreibt der Verein. Junge Kultur Basel habe auch mit den Corona-bedingten Veränderungen und Einschränkungen stark zu kämpfen gehabt.

Die getroffenen Sofortmassnahmen, wie die Kürzung des Programms, Einschränkungen im Buvettenbetrieb, Einstellungsstopps und eine Taskforce zur Analyse und zur Suche nach konkreten Lösungen, brachten jedoch nicht den gewünschten Erfolg.

«In den nächsten Tagen und Wochen klärt der Verein mit dem zuständigen Erziehungsdepartement das konkrete Ausstiegs-szenario und den Zeitplan für die Schliessung», schreibt der Verein. «Der Vorstand glaubt an die Wichtigkeit der Jugendkulturförderung. Sie soll aber losgelöst vom Standort Sommercasino geprüft werden.»

Dina Sambar



Das Jugendkulturfestival 2021 im Sommercasino. Foto: Lucia Hunziker

Tausende warten noch auf ihre Steuerveranlagung

Basel im Verzug Im Kanton Basel-Stadt haben noch nicht alle Steuerpflichtigen ihre Veranlagung für die Steuerperiode 2022 erhalten. Bis Ende April wurden rund 115'000 Steuerveranlagungen verschickt.

Im Vorjahr waren es zu diesem Zeitpunkt deren 122'000 für die Periode 2021, wie das Finanzdepartement (FD) auf Anfrage der Nachrichtenagentur Keystone-SDA schreibt. Grund für die Verzögerung ist eine Softwareerneuerung im vergangenen Jahr. Diese «nahm Ressour-

cen in Anspruch, die bei der Veranlagungstätigkeit fehlten», wie das FD schreibt. Seit Ende 2023 sei die Verwaltung «wieder à jour» mit dem Versand der Veranlagungen und Steuerrechnungen. Dieser wurde nämlich im Herbst kurzzeitig gestoppt. Wie im Oktober 2023 bekannt wurde, führte die Softwareerneuerung dazu, dass der Kanton 736 fehlerhafte Steuerveranlagungen verschickte. Die Veranlagungen waren rechnerisch korrekt, doch auf einem Beitrag wurden falsche Textblöcke abgedruckt. (SDA)